

Universität Potsdam

10.07.2012

Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät

Public Management B

Dozent: Prof. Dr. Tino Schuppan

Bürgerhaushalt als eine Form von *E-Partizipation*

Am Beispiel der Stadt Osnabrück

-Recherchepapier-

vorgelegt von:

Katja Fitschen

Matrikelnr.: 763209

Email: fitschen@uni-potsdam.de

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	2
2. Das Reformprojekt Bürgerhaushalt	3
2.1 Der Bürgerhaushalt der Stadt Osnabrück: „Unsere Stadt/ Unser Geld“	4
3. Einordnung der Konzeption und Umsetzung des Reformprojektes vor dem Hintergrund des E-Government.....	6
4. Schlussfolgerungen aus dem Projekt für das Thema E-Government	8
5. Literatur und Quellen	11
6. Anhang	14

1. Einleitung

„Mittels E-Partizipation können sich Politik und Verwaltung, Bürgerinnen und Bürger transparent über Planungsprozesse informieren und auf diesem Wege (kosten)effizient Vorschläge, Ideen und Hinweise zur (zusätzlichen) Qualifizierung ihrer Planungs- und Entscheidungsprozesse gewinnen.“ (Oliver Märker, Zebralog; (<http://www.partizipation.at/949.html>))

Forderungen nach partizipativer Demokratie aber auch die Leitbilder wie Effizienz, Effektivität, Bürgernähe, Transparenz der New Public Management Bewegung haben die Sichtweisen auf die Kommune in den letzten Jahren verändert.

Um einerseits den „leeren Kassen“ zu begegnen und andererseits die Bürger mit in die Entscheidungsfindung bezüglich der Haushaltsplanung einzubeziehen, haben seit den 90 er und zunehmend in den letzten Jahren viele Kommunen in Deutschland damit begonnen Bürgerhaushalte einzurichten.¹ (vgl. Märker/Wehner 2008, S. 64)

Als Ursprung und Vorzeigemodell auf internationaler Ebene gilt die Bürgerbeteiligung am städtischen Haushalt (Orçamento participativo) in Porto Alegre, in Brasilien. In Deutschland gehört das Kölner Modell des Bürgerhaushaltes als internetbasiertes Verfahren zu einer der ersten und wegweisendsten Beispiele.² (vgl. Franzke/Kleger 2010, S. 9-17)

Die Verknüpfung von Bürgerbeteiligung und Internet und damit die Einführung von E-Partizipation liegt beim Projekt Bürgerhaushalt sehr nah. Im Folgenden soll es also darum gehen, das Reformprojekt Bürgerhaushalt vor dem Hintergrund des E-Governments und der E-Partizipation zu betrachten.

Im Zusammenhang mit partizipativer Demokratie sowie Stärken und Schwächen der Bürgerbeteiligung ist der Bürgerhaushalt ein aktuelles und viel diskutiertes Thema, zu welchem viel Literatur, Praxisbeispiele und Untersuchungen vorliegen. Von dieser Betrachtung wird jedoch in dieser Arbeit Abstand genommen. Es wird lediglich auf das Projekt Bürgerhaushalt im Zusammenhang mit E-Government eingegangen und daher nicht diskutiert, welche Vor- und Nachteile sich aus stärkerer Bürgerbeteiligung ergeben.

¹ Zu der Anzahl der Bürgerhaushaltsprojekte in Deutschland siehe Franzke/Kleger 2010, S. 58-63.

² Dies belegen unter anderem zahlreiche Preise wie bspw. der 2008 gewonnen „Publikumspreis beste E-Government-Anwendung“ beim E-Government Wettbewerb. (vgl. bpb 2012)

Als zu untersuchendes Beispiel wurde die Stadt Osnabrück, die sich noch in der Phase der Einführung des Bürgerhaushaltes befindet, ausgewählt.³

Es wird daher in dieser Arbeit zunächst das Reformprojekt Bürgerhaushalt in der Stadt Osnabrück näher vorgestellt (Kapitel 2). Daran anschließend wird das Projekt in den Zusammenhang mit E-Government gestellt und diskutiert (Kapitel 3), bevor Schlussfolgerungen gezogen werden und das Projekt abschließend beurteilt wird (Kapitel 4).

2. Das Reformprojekt Bürgerhaushalt

Bevor das laufende Bürgerhaushaltsprojekt der Stadt Osnabrück näher beschrieben wird, muss zunächst einmal darauf eingegangen werden, was überhaupt unter Bürgerhaushalt zu verstehen ist.

Der Bürgerhaushalt ist „ein Verfahren, das Bürgern die Möglichkeit gibt, sich an der Verteilung von öffentlichen Geldern [also der Haushaltsplanung] zu beteiligen“ (Eich 2011, S. 7). Nach Franzke und Kleger und in Anlehnung an Herzberg et al gelten zudem folgende fünf Kriterien:

1. *„Im Zentrum des Bürgerhaushaltes stehen finanzielle Angelegenheiten, es geht um begrenzte Ressourcen.*
2. *Die Beteiligung findet auf der Ebene der Gesamtstadt oder auf der eines Bezirkes mit eigenen politischen und administrativen Kompetenzen statt. Ein Stadtteilstiftung allein, ohne Partizipation auf der gesamtstädtischen bzw. bezirklichen Ebene, ist kein Bürgerhaushalt.*
3. *Es handelt sich um ein auf Dauer angelegtes und wiederholtes Verfahren. Ein einmaliges Referendum zu haushaltspolitischen Fragen ist kein Bürgerhaushalt.*
4. *Der Prozess beruht auf einem eigenständigen Diskussionsprozess. Die Miteinbeziehung von Bürgern in bestehende Verwaltungsgremien oder Institutionen der repräsentativen Demokratie stellt keinen Bürgerhaushalt dar.*
5. *Die Organisationen müssen Rechenschaft in Bezug darauf ablegen, inwieweit die im Verfahren geäußerten Vorschläge aufgegriffen und umgesetzt werden.“*

(Franzke/Kleger 2010, S. 15)

³ Die Stadt Osnabrück wurde unter anderem als Beispiel gewählt, da der Autorin der Arbeit hier ein Zugang zu Informationen, Materialien und Kontaktpersonen möglich war. Ihr ist jedoch durchaus bewusst, dass eine andere Stadt, die den Prozess des Bürgerhaushaltes schon einmal vollständig durchlaufen hat, für eine abschließende Beurteilung sinnvoller gewesen wäre.

Ziele der Einführung des Bürgerhaushaltes sind:

- Transparenz durch Information über Schwerpunkte des Haushaltes und die Finanzlage der Stadt schaffen
- Bürgernähe
- Effizienz
- Effektivität

Die Idee des Bürgerhaushaltes an sich hat also zunächst einmal nichts mit E-Government zu tun. Jedoch entsteht eine Verbindung, wenn es um seine Ausgestaltung geht. Auf welche Art und Weise und mit Hilfe welcher Mittel können die Bürger an der Gestaltung des Haushaltes mitwirken und wie können die Ziele des Bürgerhaushaltes erreicht werden? E-Government kommt also „ins Spiel“, wenn die Bürgerhaushalte mit elektronischen Beteiligungsangeboten unterstützt werden. So finden Sie heute zunehmend unter Einsatz von Online-Plattformen statt. (vgl. Heise 2012)

In Deutschland und Europa gibt es eine große Diversität der verschiedenen Bürgerhaushaltsverfahren. (vgl. Eich 2011, S. 7) Dies ergibt sich daraus, dass es jeder Kommune selbst überlassen wird, in welcher Form der Bürgerhaushalt umgesetzt wird.

Die Ausgestaltung des Osnabrücker Modells sieht wie folgt aus:

2.1 Der Bürgerhaushalt der Stadt Osnabrück: „Unsere Stadt/ Unser Geld“

Schon seit längerem forderten Politiker der Stadt Osnabrück mehr Bürgernähe. Auch in den Strategischen Stadtzielen wurde festgeschrieben, die Bürgerbeteiligung zu stärken. (vgl. Fromme/Hipler 2012) Erste Vorbereitungen zu dem Thema Bürgerhaushalt (u.a. mit Gründung einer Arbeitsgruppe) wurden in Osnabrück jedoch erst ab November 2011 getroffen und am 13.03.2012 beschloss der Rat der Stadt Osnabrück schließlich eine stärkere Beteiligung der Bürger an der Haushaltsplanung. (vgl. Stadt Osnabrück Beschlussvorlage VO/2012/0622, S. 1) Mit der Einführung des Bürgerhaushaltes verfolgt die Stadt das Ziel, „die städtische Finanzplanung transparenter zu machen und für die Mitwirkung aus der Bürgerschaft zu öffnen“ (Stadt Osnabrück Beschlussvorlage VO/2012/0622, S. 2).

Zur Umsetzung und Begleitung des Projektes wurde ein aus VertreterInnen Osnabrücker Interessengruppen, der Ratsfraktion und der Verwaltung zusammengesetzter Beirat eingesetzt.

Die Durchführung des Projektes Bürgerhaushalt - mit dem Slogan „Unsere Stadt/ Unser Geld“- besteht in Osnabrück aus vier Phasen: Die Informations- und Einstiegsphase, die Vorschlags- und Bewertungsphase, die Rechenschaftsphase und die Evaluationsphase.

Die erste Phase besteht aus Öffentlichkeitsarbeit, um die Bürger zu informieren und zur Beteiligung zu motivieren. Dafür erstellte die Stadt Osnabrück u.a. eine leicht verständliche Haushaltsbroschüre, die im Internet und als Druckwerk veröffentlicht wurde.

In der zweiten Phase, in der sich das Projekt momentan noch befindet, können die Bürger (Osnabrücker sowie nicht Osnabrücker) über eine Online Plattform Vorschläge, Kommentare und Bewertungen zum Haushalt 2013 abgeben. (Wo kann gespart werden und wo sollen Ausgaben gemacht werden?). Um teilzunehmen, müssen sich die Bürger jedoch zunächst mit Name, Anschrift und Emailadresse bei der Online Plattform anmelden. Die persönlichen Daten werden nicht veröffentlicht. (vgl. Stadt Osnabrück Beschlussvorlage VO/2012/0622, S. 2-3) Bürger ohne Internetzugang können einen in der Stadtbibliothek extra eingerichteten Stadtterminal nutzen oder ihre Vorschläge per Telefon und Brief bei der Stadt Osnabrück einreichen. Die Einrichtung und Betreuung (Moderation, Information) der Internet Plattform wird von einer externen Firma (Bürgerwissen) übernommen. Eine Redaktion der Osnabrücker Verwaltung übernimmt jedoch die Beantwortung fachlicher Fragen und Kommentare zum Haushalt. Dazu findet eine interne Kommunikation mit den jeweiligen Fachbereichen in der Verwaltung statt. (vgl. Fromme/Hipler 2012; Stadt Osnabrück 2012, Bürgerhaushalt) Nachdem Vorschläge und Kommentare (Zeitraum von 6 Wochen) aufgenommen und eine anschließende Bewertung (2 Wochen) durch die Bürger vorgenommen wurde, werden die „75 best- bewerteten Vorschläge von der Verwaltung fachlich geprüft, dokumentiert und den politischen Gremien mit Einbringung des Haushaltes am 25.09.2012 zur weiteren Beratung vorgelegt“ (Stadt Osnabrück Beschlussvorlage VO/2012/0622, S. 3), bevor am 11. Dezember im Rat im Zusammenhang mit der Haushaltsverabschiedung darüber entschieden wird.

In der darauffolgenden Rechenschaftsphase muss der Rat seine Entscheidungen transparent aufarbeiten. Laut Herrn Fromme, Mitarbeiter der Stadt Osnabrück, werden sich dann vor allem bestimmte Fachbereiche wie Bürgerordnung, Städtebau usw. mit den Themen intensiver auseinandersetzen müssen. (vgl. Fromme/Hipler 2012)

In der vierten und letzten Phase werden die Verwaltung und der Beirat eine Evaluation des Prozesses durchführen und die Ergebnisse dieser bei den nächsten Prozessdurchläufen einarbeiten.

Als Gesamtkosten für das Projekt wurden 80.000 Euro (Personalkosten 30.000 Euro, Beratungsaufwand 30.000 Euro, Investives Projekt (u.a. Software)) veranschlagt. (vgl. Stadt Osnabrück Beschlussvorlage VO/2012/0622)

3. Einordnung der Konzeption und Umsetzung des Reformprojektes vor dem Hintergrund des E-Government

Beim Osnabrücker Modell wurde deutlich, dass der Bürgerhaushalt von elektronischen Beteiligungsangeboten nicht nur unterstützt wird, sondern dass die Online-Plattform den Kernbestandteil des Verfahrens ausmacht.

Wissen und Erfahrungen der Bürgerschaft sollen mittels elektronischer Konsultation mit in die Planungs- und Entscheidungsprozesse der Politik und Verwaltung -in diesem Fall in die Entscheidung über Haushaltseinnahmen und –ausgaben- eingebracht werden. BürgerInnen entwickeln, bewerten und hierarchisieren im Dialog mit der Fachverwaltung kooperativ Vorschläge und „Online moderierte Foren und andere „Mitmach-Technologien“ (Web 2.0) stellen hierzu neue Möglichkeiten zur Verfügung“ (BMLFUW 2012), so beurteilen die Autoren des Artikel „Elektronische Bürgerbeteiligung in der kommunalen Haushaltsplanung“ die Verknüpfung von Bürgerhaushalt und Neuen Medien.

Daraus lässt sich schließen, dass der Bürgerhaushalt eine Form von E-Partizipation darstellt. Doch was bedeutet E-Partizipation? E-Partizipation kann zunächst einmal als fester Bestandteil der E-Government Aktivitäten der Verwaltung gesehen werden. (vgl. Albrecht/Westholm 2008, S. 51) Die Gesellschaft für Informatik definiert E-Government als „die Durchführung von Prozessen der öffentlichen Willensbildung, der Entscheidung und der Leistungserstellung in Politik, Staat und Verwaltung unter sehr intensiver Nutzung der Informationstechnik“ (Gesellschaft für Informatik e.V. 2000).⁴

So betrachtet ist E-Partizipation ein Teilbereich vom „elektronischen Regieren“.

⁴ Jedoch ist das nur eine Definition: Weitere Definitionen bzw. Beschreibungen von E-Government wären bspw. „E-Government ist ein Sammelbegriff für alle Maßnahmen des öffentlichen Sektors in Bund, Länder und Kommunen, die sich des Internets und anderer elektronischer Medien bedienen, um Verwaltungsprozesse für Bürger, Unternehmen und weitere Zielgruppen transparenter und effektiver zu gestalten sowie den verwaltungsinternen Daten-Austausch zu optimieren“ (Friedrichs/Hart/Schmidt 2002, S. 12-13); oder „Die Abwicklung geschäftlicher Prozesse im Zusammenhang mit Regieren und Verwalten (Government) mithilfe von Informations- und Kommunikationstechniken über elektronische Medien“ (Hill 2002, S. 24).



(Darstellung: vgl. Heise 2012)

Wie die Darstellung zeigt, setzt sich E-Partizipation aus den Begriffen „elektronisch“ und „Partizipation“ zusammen. E-Partizipation kann demnach als “Teilhabe von natürlichen und juristischen Personen (und ihrer Gruppierungen) an politisch-administrativen Prozessen der Entscheidungsfindung mit Hilfe von Informations- und Kommunikationstechnik (IKT)” (BMI 2008, S. 5) verstanden werden.

Dabei geht es jedoch nicht nur um die Digitalisierung bereits vorhandener Beteiligungsverfahren, sondern auch um die Entwicklung und den Einsatz neuer Möglichkeiten in der (politischen) Teilhabe an (politischen) Entscheidungs- und Meinungsbildungsprozessen. Denn weder E-Government noch E-Partizipation stellt nur eine einfache Automatisierung dar, sondern ebenso eine Informatisierung der Verwaltungsarbeit mit vielfältigen Gestaltungsoptionen. Die Anwendung von IT bietet für die Verwaltung neue Möglichkeiten. Prozesse und Organisationsformen können neu, anders und vielleicht besser organisiert werden. (vgl. Schuppan 2010, S. 279, 281) Veränderungen mit und durch IT gehen also auch immer mit organisatorischem Wandel einher. (vgl. Lenk/ Traummüller 2001)

Dies wird ebenfalls am Reformprojekt Bürgerhaushalt in Osnabrück deutlich.

Auch wenn die für den Bürgerhaushalt Zuständigen in der Verwaltung zunächst durch die Einführung des Bürgerhaushaltes keine Veränderungen in der Organisation sahen, ist auf den „zweiten Blick“ klar erkennbar, dass es Auswirkungen auf die Organisationsstrukturen der Verwaltung gab. (vgl. Hipler 2012) Zu nennen sind die Formierung einer Arbeitsgruppe und eines Beirates, die sich mit dem Projekt beschäftigen. Zudem gab es personelle Veränderungen. Es wurde eine zusätzliche Stelle für den Bürgerhaushalt geschaffen, bei der die Arbeitsaufgaben stets im Bezug zur Online-Plattform stehen. (siehe dazu Personalkosten von 30.000 Euro) (vgl. Stadt Osnabrück Beschlussvorlage VO/2012/0622, S. 1, 4). Auch die jeweiligen Fachbereiche sind nun früher in den Prozess zum Haushalt eingebunden, da sie während der Vorschlags- und Bewertungsfrage fachliche Fragen der Bürger beantworten

müssen. Ein zusätzlicher Arbeitsaufwand kommt auf die Fachbereiche besonders in der Rechenschaftsphase zu, da sie dort den Bürgern Erklärungen für die Entscheidungen des Rates liefern müssen. Diese Zusatzarbeit müssten die jeweiligen zuständigen Sachbearbeiter im Rahmen ihrer sonstigen Arbeit kompensieren, so Herr Fromme der Stadt Osnabrück. (vgl. Fromme, Hipler 2012)

Bei der Einführung eines E-Government Projektes bedürfe es einer einheitlichen Strategie, es solle im Rahmen übergreifender Rahmenkonzepte geschehen, wird in der Literatur, die sich mit dem Thema befasst, geraten. (vgl. Märker/Wehner 2008, S. 66)

„Online-Bürgerhaushalte [sind] immer einzubetten in ein umfassendes E-Partizipation-Rahmenkonzept, [...] [das] als integraler Bestandteil des Ideen- und Wissensmanagements einer kommunalen Verwaltung zu verstehen ist“ (Märker/Wehner 2008, S. 66), also in politische und administrative Prozesse integriert wird.

In Osnabrück ist der Bürgerhaushalt jedoch ein Projekt, welches für sich steht und keiner übergeordneten Strategie zuzuordnen ist. Dies könnte auf die kurzfristige und schnelle Implementierung von 3 Monaten zurückgeführt werden. („Durch den Zeitdruck lag der Fokus auf dem Wesentlichen“ (Fromme 2012)).

Dass sich mit E-Government der Bezug zu Raum und Zeit ändert, hat auch das Osnabrücker Reformprojekt gezeigt. Durch die Online-Plattform ist es dem Bürger möglich, sich zu jeder Zeit und an unterschiedlichen Orten an dem Haushalt zu beteiligen. Eine Enträumlichung und Entzeitlichung ist also klar erkennbar. (vgl. Folien Public Management B, SS 2012)

4. Schlussfolgerungen aus dem Projekt für das Thema E-Government

Zunächst lässt sich sagen, dass es keinen administrativen Bereich mehr gibt, der keinen IT-Bezug hat. Nach Tino Schuppan würde eine Verwaltung „heute ohne IT de facto nicht mehr funktionsfähig sein“ (Schuppan 2010, S. 277). Es geht also nicht mehr darum, „ob, sondern wie und welche IT-Anwendungssysteme zum Einsatz kommen“ (Schuppan 2010, S. 278).

Auch beim Thema Bürgerhaushalt hat sich gezeigt, dass der elektronische Teil, in der Anwendung und Durchführung nicht mehr weg zu denken ist und die Einführung des Bürgerhaushaltes ein Prozess ist, der sich mit IT neu und besser organisieren lässt.

Jedoch ist beispielsweise bei den beobachteten organisationalen Veränderungen der Stadt Osnabrück schwer zu entscheiden, ob diese auf die Einführung des Bürgerhaushaltes an sich zurückzuführen sind oder ob sie im direkten Zusammenhang mit der Form der Ausgestaltung, also der IT stehen.

Im Folgenden sollen nun die problematischen Aspekte des Online Bürgerhaushaltes genannt werden:⁵

- Ausschluss eines Teils der Bevölkerung
- Manipulationsgefahr
- Geringe Beteiligung
- Bisher wenige unabhängige Evaluationen
- Skepsis der Bürger gegenüber Internetverfahren

(vgl. Eisel 2012)

Jedoch konnte festgestellt werden, dass in Osnabrück einigen dieser Kritikpunkte entgegen gewirkt wurde (z.B. Einrichtung eines freizugänglichen Computers in der Bibliothek, Teilnahme durch Brief, Telefon und Email möglich; Motivation zur Beteiligung durch Öffentlichkeitsarbeit und Kontakt zu Vereinen und Verbänden bei aufkommender Diskussion über die betreffenden Themen).

Auch viele „Forscher“ sprechen sich für eine Kombination bzw. „innovativen Mix verschiedener Verfahren“ und eine bewusste Auswahl unterschiedlicher Methoden und Kommunikationskanäle aus, um die gesamte Öffentlichkeit zu erreichen. (vgl. Franzke/Kleger 2010, S. 68 f.)

Internet ist im Zusammenhang mit den Bürgerhaushalten nicht als Allheil- sondern als Organisationsmittel zu sehen, das als Hauptkanal durch weitere Beteiligungskanäle ergänzt werden kann. (vgl. ZebraLog 2012) Das heißt im Rückkehrschluss, dass zwar auf die elektronische Unterstützung zurückgegriffen werden kann und soll, aber dass dies nicht ausschließlich der Fall sein darf. E-Partizipation ist als ein Element aber nicht als alleiniges zu sehen!

Das Reformprojekt Bürgerhaushalt der Stadt Osnabrück zeigt jedoch auch, dass einige Erwartungen, die an E-Government geknüpft sind, erfüllt werden.⁶

So geht mit der Einführung eine Verbesserung des Bürgerservices einher. Die Bürgernähe kann durch das schnelle Beantworten der Bürgerfragen und die Kommentarfunktion gestärkt werden. Auch eine zeitlich und örtlich unbeschränkte Beteiligung kann in diesem Zusammenhang als zunächst positiv bewertet werden. In wie weit dadurch eine starke Partizipation erreicht wird, kann auf Grund des noch laufenden Verfahrens zu diesem Zeitpunkt nicht gesagt werden. (vgl. Hipler 2012)

⁵ Aufgrund des Umfangs der Arbeit können die Kritikpunkte jedoch nicht näher ausgeführt und ausführlich diskutiert werden.

⁶ Zu Erwartungen an das E-Government siehe auch (Winkel 2004, S. 8-10)

Der elektronisch unterstützte Bürgerhaushalt scheint zunächst Transparenz zu schaffen, doch in wie weit dadurch Bedenken reduziert, Verständnis für unpopuläre Entscheidungen erreicht wird und ein besonderes Vertrauensverhältnis zu den Bürgerinnen und Bürgern entsteht und eventuell sogar Potenziale für bürgerschaftliches Engagement geschaffen werden, kann ebenso wenig zum bisherigen Zeitpunkt des Reformprojektes beurteilt werden. (vgl. Märker/Wehner 2008, S. 64)

Der Aussage „der Einsatz digitaler Medien [stellt] eine Reform der Bürgerbeteiligung von Grund auf [dar]“ (Märker/Wehner 2008, S. 65), kann also abschließend mit Betrachtung auf den Bürgerhaushalt in Osnabrück zugestimmt werden. Herr Hipler, Angestellter für den Bürgerhaushalt, bekräftigte dies mit der Aussage: „Durch IT ist der Zugang niederschwelliger. Man kann sich zu jederzeit an jedem Ort beteiligen. Das zeigt auch der Bürgerhaushalt. So kann es schon mal vorkommen, dass auf der Online Plattform Kommentare zum Bürgerhaushalt um 5 Uhr morgens abgegeben werden“ (Fromme/Hipler 2012). Diese Partizipation wäre ohne Elektronik, -also dem E- nicht möglich.

5. Literatur und Quellen

Albrecht, Steffen/Westholm, Hilmar (2008): E-Partizipation-Erfolgreiche Ansätze der Bürgerbeteiligung durch Neue Medien, in: Habel, Franz-Reinhard/Huber, Andreas: Web 2.0 für Kommunen und Kommunalpolitik. Neue Formen der Öffentlichkeit und der Zusammenarbeit von Politik, Wirtschaft, Verwaltung und Bürger, S. 51-56.

BMI – Bundesministerium des Inneren (2008): E-Partizipation – Elektronische Beteiligung von Bevölkerung und Wirtschaft am E-Government, verfügbar über: <http://www.e-konsultation.de/site/pictures/ifib-zebralog%20e-partizipation.pdf>. (Stand: 01.07.2012).

BMLFUW - Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft (2012): Informationswebseite Partizipation & Nachhaltige Entwicklung in Europa <http://www.partizipation.at/949.html> (Stand: 05.07.2012).

Bpb - Bundeszentrale für politische Bildung/Serviceestelle Kommunen in der einen Welt (2012): www.buergerhaushalt.org (Stand 12.06.2012).

Eich, Tom (2011): Der Bürgerhaushalt: Partizipation in der kommunalen Haushaltspolitik am Beispiel der Städte Freiburg und Köln, Bachelorarbeit, verfügbar über: www.buergerhaushalt.org (Stand 12.06.2012).

Eisel, Stephan (2012): Online-Bürgerhaushalte als potemkinsche Dörfer, Thesenpapier zum Bundeskongress Politische Bildung 2012 der Bundeszentrale für Politische Bildung, 21.-23. Mai 2012 in Berlin, verfügbar über http://www.bundeskongress-partizipation.de/wiki/images/3/32/Thesenpapier_Eisel.pdf (Stand: 08.07.2012).

Folien der Vorlesung Public Management A, WS 2011/2012.

Folien der Vorlesung Public Management B, SS 2012.

Franzke, Jochen/Kleger, Heinz (2010): Bürgerhaushalte. Chancen und Grenzen. Schriftreihe Modernisierung des öffentlichen Sektors, Bd. 36. Berlin.

Friedrichs, Stefan/Hart, Thomas/Schmidt, Oliver (2002): „Balanced E- Government“: Visionen und Prozesse zwischen Bürgernähe und Verwaltungsmodernisierung, in: bpb: Aus Politik und Zeitgeschichte, Band 39-40/2002, S. 12-23.

Fromme, Christian/Hipler, Michael (2012), Mitarbeiter der Stadt Osnabrück und zuständig für den Bürgerhaushalt, Gespräch am 29.06.2012 von 10.00- 11.00 Uhr, Stadthaus Osnabrück.

Gesellschaft für Informatik e.V. (GI) und Informationstechnische Gesellschaft (ITG) (2000): Memorandum der Gesellschaft für Informatik e.V. und der Informationstechnischen Gesellschaft, in: VDE_ Electronic Government als Schlüssel zur Modernisierung von Staat und Verwaltung, Stuttgart.

Heise, Christian (2012): www.e-demokratie.org (Stand: 26.06.2012).

Hill, Hermann (2002): Electronic Government- Strategie zur Modernisierung von Staat und Verwaltung, in: bpb: Aus Politik und Zeitgeschichte, Band 39-40/2002, S. 24-36.

Hipler, Michael (2012), Mitarbeiter der Stadt Osnabrück und zuständig für den Bürgerhaushalt, Email am 27.06.2012.

Lenk, K./Traumüller, R. (2001): Broadening the concept of electronic government, in Prins, J.E.J. (eds), Designing E-Government, Kluwer, Amsterdam.

Märker, Oliver/Wehner, Josef (2008): Haushaltsplanung 2.0- E-Partizipation über Bürgerhaushalte, in: Habel, Franz-Reinhard/ Huber, Andreas: Web 2.0 für Kommunen und Kommunalpolitik. Neue Formen der Öffentlichkeit und der Zusammenarbeit von Politik, Wirtschaft, Verwaltung und Bürger, S. 63- 70.

Schuppan, Tino (2010): Informatisierung der Verwaltung, in: Blanke, Bernhard/v. Bandemer, Stephan/Nullmeier, Frank/Wewer, Göttrik (Hrsg.): Handbuch zur Verwaltungsreform, 4. Auflage, Wiesbaden, S. 269-278.

Stadt Osnabrück (2012): Bürgerhaushalt, www.buergerhaushalt-osnabrueck.de (Stand: 24.06.2012).

Stadt Osnabrück (2012): Beschlussvorlage VO/2012/0622 verfügbar unter www.buergerhaushalt-osnabrueck.de (Stand: 26.06.2012).

Winkel, Olaf (2004): Zukunftsperspektive Elektronik Government, in: bpb: Aus Politik und Zeitgeschichte, Band 18/2004, S. 7-15.

Zebralog (2012): www.zebralog.de (Stand: 01.07.2012).

6. Anhang

Auszug aus dem Emailverkehr mit Herrn Hipler, (Betreuung Bürgerhaushalt, Stadt Osnabrück
FB Finanzen und Controlling, FD Finanzmanagement und Controlling) vom 27.06.2011

1. Konzeption und Umsetzung:

- Wie ist die Idee zum Bürgerhaushalt entstanden? Gab es Vorbilder (z.B. Kölner Modell) zur Umsetzung?
 - *Ja gab es. Beispielsweise Trier, daher das online orientierte Verfahren*
- Warum wurde auf das Internet als Medium zurückgegriffen?
 - *Das gewünschte transparente Vorschlags- und Bewertungssystem ist im Internet leichter für den Bürger zugänglich*
 - *Außerdem können auf diese Weise direkt Kommentare zu den Vorschlägen abgegeben werden, was den Meinungs austausch fördert.*
 - *Weiter Infos Ratsvorlage*
- Ist das Projekt im Rahmen einer ganzheitlichen Konzeption entstanden?
 - *Nein*
- Gab es Schwierigkeiten oder Probleme bei der Umsetzung? Wenn ja, welche?
 - *Anscheinend hat die Registrierungspflicht einige Bürger von der Teilnahme abgehalten, ansonsten gab es bisher keine größeren Probleme. Allerdings hat die Evaluation auch noch nicht stattgefunden.*
- Wurde eine externe Beratungsfirma bei der Umsetzung herangezogen?
 - *Ja*
- Haben Sie sich bei der Umsetzung an den 10 Punkten für gutes E-Government der Bertelsmann Stiftung orientiert?
 - *Nein*

2. Gab es mit der Einführung des Bürgerhaushaltes auch ein Change Management?

- *Nein*

3. Veränderungen in der Organisation:

- Was für Auswirkungen hat der Bürgerhaushalt auf andere Organisationsstrukturen der Verwaltung? (Veränderung von Abläufen durch IT?)
- Was bedeutet die Einführung der Bürgerhaushalte für die Prozessorganisation?
 - *Gab bei beidem keine Veränderungen*

4. Evaluation:

- Gibt es rückblickend schon erste Evaluationsergebnisse? Beurteilung zur Durchführung/ Implementation? Was ist positiv? Was negativ?
- Wurde schon mit dem Fragebogen zur Selbstbewertung der Qualität von E-Government Projekten der Bertelsmann Stiftung gearbeitet? Wenn ja, was war das Ergebnis?
 - *Evaluationsergebnisse liegen noch nicht vor, da die Beteiligungsphase noch läuft.*

5. E-Government soll Effizienz, Effektivität, Partizipation, Transparenz, Bürgernähe schaffen. In wie weit sehen Sie diese Ziele durch das Projekt Bürgerhaushalt erreicht?

- *Nach dem ersten Eindruck des noch laufenden Verfahrens wird zumindest die Bürgernähe durch das schnelle Beantworten der Bürgerfragen und die Kommentarfunktion gestärkt. In wie weit mehr Transparenz und Partizipation erreicht werden können, kann zum jetzigen Zeitpunkt leider noch nicht gesagt werde*